

## 777 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Nachdruck vom 25. 11. 1992

# Regierungsvorlage

**Bundesgesetz über die Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs und die Niederlassung von Rechtsanwälten aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Rechtsanwalts-gesetz 1992 — EWR-RAG 1992) sowie Änderungen der Rechtsanwaltsordnung**

Der Nationalrat hat beschlossen:

### Artikel I

Bundesgesetz über die Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs und die Niederlassung von Rechtsanwälten aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Rechtsanwalts-gesetz 1992 — EWR-RAG 1992).

### 1. Abschnitt

#### Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs

§ 1. Staatsangehörige einer Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, die berechtigt sind, unter einer der in der Anlage zu diesem Bundesgesetz angeführten Bezeichnungen beruflich tätig zu werden (ausländische Rechtsanwälte), dürfen, soweit sie Dienstleistungen im Sinn des Art. 37 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erbringen, in der Republik Österreich vorübergehend rechtsanwaltliche Tätigkeiten wie ein in die Liste einer österreichischen Rechtsanwaltskammer eingetragener Rechtsanwalt erbringen, wobei sie jedoch den sich aus den Bestimmungen dieses Abschnitts ergebenden Beschränkungen unterliegen.

§ 2. (1) Der ausländische Rechtsanwalt hat bei Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs die Berufsbezeichnung, die er im Staat seiner Niederlassung (Herkunftsstaat) nach dem dort geltenden Recht zu führen berechtigt ist, zu verwenden und entweder das Gericht, bei dem er nach dem Recht des Herkunftsstaats zugelassen ist, oder die Berufsorganisation, der er angehört, anzugeben.

(2) Will er in Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs Dienstleistungen in der Republik Österreich erbringen, so hat er dem Gericht oder der Behörde, vor der er auftritt, auf Verlangen seine Berechtigung nach § 1 nachzuweisen. Wird dieses Verlangen gestellt, so darf er die Tätigkeit erst ausüben, wenn der Nachweis erbracht ist.

(3) Im Rahmen ihrer Aufsichtspflicht nach § 6 Abs. 1 kann auch die zuständige Rechtsanwaltskammer von dem in der Republik Österreich tätigen ausländischen Rechtsanwalt den Nachweis seiner Berechtigung nach § 1 verlangen.

§ 3. (1) Bei Ausübung einer Tätigkeit, die mit der Vertretung oder Verteidigung eines Mandanten im Bereich der Rechtspflege oder vor Behörden zusammenhängt, hat der ausländische Rechtsanwalt die Stellung eines in die Liste einer österreichischen Rechtsanwaltskammer eingetragenen Rechtsanwalts, insbesondere dessen Rechte und Pflichten, soweit diese nicht die Zugehörigkeit zu einer Rechtsanwaltskammer oder den Kanzleisitz betreffen. Vor der erstmaligen Ausübung einer derartigen Tätigkeit in der Republik Österreich hat er die zuständige Rechtsanwaltskammer (§ 6 Abs. 1) schriftlich zu verständigen.

(2) Bei der Ausübung sonstiger rechtsanwaltlicher Tätigkeiten hat der ausländische Rechtsanwalt die in der Republik Österreich geltenden Regeln für die Ausübung der Rechtsanwaltschaft soweit einzuhalten, als sie von ihm als ausländischem Rechtsanwalt beachtet werden können, und nur insoweit, als ihre Einhaltung objektiv gerechtfertigt ist, um eine ordnungsgemäße Ausübung der Tätigkeit des Rechtsanwalts sowie die Beachtung der Würde des Berufes und der Unvereinbarkeiten zu gewährleisten.

§ 4. (1) In Verfahren, in denen sich die Partei durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen oder ein Verteidiger beigezogen werden muß, darf der ausländische Rechtsanwalt als Vertreter oder Verteidiger einer Partei nur im Einvernehmen mit einem in die Liste einer österreichischen Rechtsanwaltskammer eingetragenen Rechtsanwalt (Einver-

nehmensrechtsanwalt) handeln. Diesem obliegt es, beim ausländischen Rechtsanwalt darauf hinzuwirken, daß er bei der Vertretung oder Verteidigung die Erfordernisse einer geordneten Rechtspflege beachtet. Zwischen dem inländischen Rechtsanwalt und der Partei kommt kein Vertragsverhältnis zustande, sofern die Beteiligten nichts anderes bestimmt haben.

(2) Das Einvernehmen ist bei der ersten Verfahrenshandlung gegenüber dem Gericht schriftlich nachzuweisen. Ein Widerruf des Einvernehmens ist dem Gericht schriftlich mitzuteilen. Er hat Wirkung nur für die Zukunft. Verfahrenshandlungen, für die der Nachweis des Einvernehmens im Zeitpunkt ihrer Vornahme nicht vorliegt, gelten als nicht von einem Rechtsanwalt vorgenommen. Sowohl die Herstellung als auch ein allfälliger Widerruf des Einvernehmens sind vom Einvernehmensrechtsanwalt schriftlich seiner Rechtsanwaltskammer bekanntzugeben.

§ 5. Für Zustellungen in gerichtlichen und behördlichen Verfahren hat der ausländische Rechtsanwalt bei seiner ersten Verfahrenshandlung einen im Inland wohnhaften Zustellungsbevollmächtigten namhaft zu machen. Wurde kein Zustellungsbevollmächtigter namhaft gemacht, so gilt in den im § 4 Abs. 1 angeführten Verfahren der Einvernehmensrechtsanwalt als Zustellungsbevollmächtigter. In allen anderen Fällen ist in sinngemäßer Anwendung des § 10 Zustellgesetz, BGBl. Nr. 200/1982, vorzugehen und die Zustellung nach erfolgloser Aufforderung an den ausländischen Rechtsanwalt durch Hinterlegung beim Gericht oder bei der Behörde vorzunehmen.

§ 6. (1) Der ausländische Rechtsanwalt unterliegt bei Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs der Aufsicht der Rechtsanwaltskammer (§ 23 der Rechtsanwaltsordnung) und der Disziplinarbehandlung durch den Disziplinarrat und die Oberste Berufungs- und Disziplinarkommission in sinngemäßer Anwendung des Disziplinarstatuts 1990 (DSt 1990), BGBl. Nr. 474. Die Zuständigkeit der Rechtsanwaltskammer richtet sich nach dem Ort der inländischen Dienstleistungserbringung, die Zuständigkeit im Disziplinarverfahren nach dem Ort der Begehung des Disziplinarvergehens. Ist jedoch ein Einvernehmensrechtsanwalt bestellt, so richtet sich die Zuständigkeit nach dessen Kammerzugehörigkeit.

(2) Disziplinarstrafen und einstweilige Maßnahmen, die die Berufsausübung des Rechtsanwalts beschränken, dürfen nur für den Geltungsbereich dieses Bundesgesetzes ausgesprochen werden. An die Stelle der Disziplinarstrafe der Streichung von der Liste tritt das Verbot, im Geltungsbereich dieses Bundesgesetzes Dienstleistungen zu erbringen.

(3) § 45 DSt 1990 gilt nur dann, wenn der Aufenthalt des ausländischen Rechtsanwalts unbe-

kannt oder eine Zustellung an ihn im Ausland nicht innerhalb angemessener Frist möglich ist.

(4) Maßnahmen der Rechtsanwaltskammer nach § 23 der Rechtsanwaltsordnung betreffend einen ausländischen Rechtsanwalt sowie im Disziplinarverfahren gegen ihn ergehende Einleitungsbeschlüsse, Beschlüsse über einstweilige Maßnahmen und Disziplinarerkenntnisse sind der zuständigen Stelle des Herkunftsstaats mitzuteilen.

§ 7. In Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs nach den Bestimmungen dieses Abschnitts ist der ausländische Rechtsanwalt nicht berechtigt, sich in die Liste einer österreichischen Rechtsanwaltskammer eintragen zu lassen und einen inländischen Kanzleisitz zu begründen.

## 2. Abschnitt

### Niederlassung von Rechtsanwälten aus dem Europäischen Wirtschaftsraum

§ 8. (1) Staatsangehörige einer Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, die ein Diplom erlangt haben, aus dem hervorgeht, daß der Inhaber über die beruflichen Voraussetzungen verfügt, die für den unmittelbaren Zugang zu einem in der Anlage zu diesem Bundesgesetz angeführten Beruf erforderlich sind, dürfen sich zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft in der Republik Österreich niederlassen, wenn sie mit Erfolg eine Eignungsprüfung abgelegt haben und in die Liste der Rechtsanwälte der zuständigen Rechtsanwaltskammer (§ 5 der Rechtsanwaltsordnung) eingetragen sind.

(2) Diplome im Sinn des Abs. 1 sind Diplome, Prüfungszeugnisse oder sonstige Befähigungsnachweise im Sinn der im Anhang VII des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum unter 389 L 0048 angeführten Richtlinie 89/48/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (ABl. Nr. L 19 vom 24. Jänner 1989, S 16). Ein Diplom auf Grund einer Ausbildung, die nicht überwiegend im Europäischen Wirtschaftsraum stattgefunden hat, berechtigt zur Niederlassung im Sinn des Abs. 1, wenn der Inhaber einen in der Anlage zu diesem Bundesgesetz angeführten Beruf tatsächlich und rechtmäßig mindestens drei Jahre ausgeübt hat und dies von der Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum bescheinigt wird, die das Diplom ausgestellt oder anerkannt hat.

§ 9. Die Eignungsprüfung ist eine ausschließlich die beruflichen Kenntnisse des Antragstellers betreffende staatliche Prüfung, mit der seine Fähigkeit, den Beruf eines Rechtsanwalts in der Republik Österreich auszuüben, beurteilt werden soll. Die Eignungsprüfung muß dem Umstand

Rechnung tragen, daß der Antragsteller in einem Staat, der Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, über eine berufliche Qualifikation zur Ausübung eines Anwaltsberufs verfügt.

§ 10. (1) Die Eignungsprüfung ist vor einem Senat der Rechtsanwaltsprüfungskommission (§ 3 des Rechtsanwaltsprüfungsgesetzes — RAPG, BGBl. Nr. 556/1985) abzulegen.

(2) Die Zuständigkeit der Rechtsanwaltsprüfungskommission richtet sich nach dem Herkunftsstaat des Antragstellers. Danach sind zuständig:

1. die Rechtsanwaltsprüfungskommission beim Oberlandesgericht Wien für Antragsteller aus dem Königreich Dänemark, aus der Bundesrepublik Deutschland, aus der Republik Finnland, aus der Republik Island, aus dem Königreich Norwegen und aus dem Königreich Schweden;
2. die Rechtsanwaltsprüfungskommission beim Oberlandesgericht Graz für Antragsteller aus der Griechischen Republik, aus dem Königreich Spanien, aus der Italienischen Republik und der Portugiesischen Republik;
3. die Rechtsanwaltsprüfungskommission beim Oberlandesgericht Linz für Antragsteller aus der Französischen Republik, aus dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und aus Irland;
4. die Rechtsanwaltsprüfungskommission beim Oberlandesgericht Innsbruck für Antragsteller aus dem Königreich Belgien, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande, dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

§ 11. Über die Zulassung zur Eignungsprüfung entscheidet auf Antrag des Bewerbers der Präses der Rechtsanwaltsprüfungskommission im Einvernehmen mit der Rechtsanwaltskammer am Sitz des Oberlandesgerichts.

§ 12. (1) Dem Antrag auf Zulassung zur Eignungsprüfung sind anzuschließen:

1. Die Diplome, Prüfungszeugnisse oder Befähigungsnachweise nach § 8 Abs. 2;
2. ein Nachweis, daß der Antragsteller mehr als die Hälfte der Mindestausbildungszeit in einem Staat, der Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, abgeleistet hat, oder eine Bescheinigung über eine mindestens dreijährige Berufsausübung in einem derartigen Staat;
3. ein Nachweis der Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum;
4. die Bestimmung der Wahlfächer;
5. der Beleg über die Einzahlung der Prüfungsgebühr;
6. allfällige Prüfungszeugnisse nach § 13.

(2) Der Antrag und die beizufügenden Unterlagen, soweit sie vom Antragsteller stammen, sind in deutscher Sprache einzureichen, sonstige Unterlagen sind mit einer beglaubigten Übersetzung vorzulegen.

§ 13. Der Präses der Rechtsanwaltsprüfungskommission hat im Einvernehmen mit der nach § 11 zuständigen Rechtsanwaltskammer auf Antrag Prüfungsfächer zu erlassen, wenn der Antragsteller nachweist, daß er in seiner bisherigen Ausbildung in einem Prüfungsfach die für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufs in der Republik Österreich erforderlichen materiellrechtlichen und verfahrensrechtlichen Kenntnisse im österreichischen Recht erworben hat.

§ 14. Die Eignungsprüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Sie ist in deutscher Sprache abzulegen.

§ 15. (1) Die schriftliche Prüfung umfaßt zwei Arbeiten.

(2) Eine Arbeit ist zwingend auf dem Gebiet des Zivilrechts abzulegen. Dabei hat der Prüfungswerber entweder an Hand von Gerichtsakten eine Rechtsmittelschrift gegen eine Entscheidung erster Instanz oder auf Grund einer schriftlichen Information Klage, Klagebeantwortung und Entscheidung auszuarbeiten.

(3) Die andere Arbeit ist nach Wahl des Antragstellers entweder auf dem Gebiet des Strafrechts oder auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts abzulegen. Bei Wahl des Gebietes Strafrecht ist an Hand von Gerichtsakten eine Rechtsmittelschrift gegen eine Entscheidung erster Instanz, bei Wahl des Gebietes Verwaltungsrecht auf Grund eines Bescheides eine Rechtsmittelschrift oder eine Beschwerde an den Verfassungs- oder an den Verwaltungsgerichtshof auszuarbeiten.

§ 16. (1) Gegenstand der mündlichen Prüfung sind zwingend:

1. Bürgerliches Recht sowie Grundzüge des Arbeitsrechts und des Sozialrechts;
2. Handels- und Wertpapierrecht;
3. Berufs- und Standesrecht der Rechtsanwälte sowie rechtsanwaltliches Kostenrecht.

(2) Außerdem hat der Prüfungswerber ein Wahlfach aus den folgenden Gebieten auszuwählen:

1. Strafrecht;
2. Verfassungs- und Verwaltungsrecht;
3. Abgabenrecht.

(3) Der Antragsteller darf nicht dasselbe Wahlfach für die schriftliche und die mündliche Prüfung wählen. Hat der Prüfungswerber keine schriftliche Prüfung auf dem Gebiet des Strafrechts abgelegt, so muß er dieses Fach für die mündliche Prüfung wählen.

(4) Gegenstand der Prüfungsfächer ist auch das jeweils zugehörige Verfahrensrecht.

§ 17. Die Eignungsprüfung darf zweimal wiederholt werden.

§ 18. Im übrigen ist auf die Eignungsprüfung das Rechtsanwaltsprüfungsgesetz sinngemäß anzuwenden.

§ 19. (1) Nach erfolgreicher Ablegung der Eignungsprüfung hat der ausländische Rechtsanwalt, wenn er sich zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft in der Republik Österreich niederlassen will, beim Ausschuss der Rechtsanwaltskammer, in deren Sprengel er seinen Kanzleisitz nimmt, die Eintragung in die Liste der Rechtsanwälte zu erwirken. Der Ausschuss hat darüber innerhalb von vier Monaten ab Vorliegen des vollständigen Antrags zu entscheiden. Im übrigen gelten für die Entscheidung des Ausschusses und die Rechtsmittelbefugnis des Bewerbers die §§ 5 und 5 a der Rechtsanwaltsordnung.

(2) Dem in deutscher Sprache einzureichenden Antrag sind das Zeugnis über die erfolgreich abgelegte Eignungsprüfung und zum Nachweis seiner Vertrauenswürdigkeit eine Bescheinigung über die disziplinäre Unbescholtenheit, die Bescheinigung der Konkursfreiheit und ein polizeiliches Führungszeugnis im Sinn des Art. 6 der in § 8 Abs. 2 angeführten Richtlinie anzuschließen. Diese Bescheinigungen dürfen bei ihrer Vorlage nicht älter als drei Monate sein; sie sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen.

(3) Bei dem nach § 7 der Rechtsanwaltsordnung vor Eintragung in die Liste der Rechtsanwälte abzulegenden Gelöbnis entfällt der Hinweis auf die staatsbürgerliche Ehre sowie das Treuegelöbnis auf die Republik Österreich.

(4) Ab dem Zeitpunkt der Eintragung hat der ausländische Rechtsanwalt dieselben Rechte und Pflichten wie die in die Liste eingetragenen österreichischen Rechtsanwälte.

## Artikel II

### Änderungen der Rechtsanwaltsordnung

Die Rechtsanwaltsordnung vom 6. Juli 1868, RGBl. Nr. 96, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 176/1992, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 1 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Für die Ausübung der Rechtsanwaltschaft durch Staatsangehörige einer Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gilt das Bundesgesetz über die Ausübung des

freien Dienstleistungsverkehrs und die Niederlassung von Rechtsanwälten aus dem Europäischen Wirtschaftsraum, BGBl. Nr. ....“

2. Im § 57 Abs. 1 wird nach dem Wort „Rechtsanwalt“ folgende Wendung eingefügt:

„oder eine der in der Anlage zum Bundesgesetz über die Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs und die Niederlassung von Rechtsanwälten aus dem Europäischen Wirtschaftsraum, BGBl. Nr. ...., angeführten sonstigen Berufsbezeichnungen“.

## Artikel III

### Inkrafttreten, Vollziehung

(1) Dieses Bundesgesetz tritt zum selben Zeitpunkt in Kraft wie das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum.

(2) Für Staatsangehörige der Schweizerischen Eidgenossenschaft treten die Bestimmungen über die Niederlassung von Rechtsanwälten aus dem Europäischen Wirtschaftsraum mit 1. Jänner 1995 in Kraft.

(3) Mit der Vollziehung des Art. I ist der Bundesminister für Justiz betraut.

### Anlage

#### Anwaltsberufe im Europäischen Wirtschaftsraum

— in Belgien:	Avocat/Advocaat
— in der Bundesrepublik Deutschland:	Rechtsanwalt
— in Dänemark:	Advokat
— in Frankreich:	Avocat
— in Griechenland:	Dikigoros
— in Irland:	Barrister, Solicitor
— in Italien:	Avvocato
— in Luxemburg:	Avocat-avoué
— in den Niederlanden:	Advocaat
— in Portugal:	Advogado
— in Spanien:	Abogado
— im Vereinigten Königreich:	Advocate, Barrister, Solicitor
— in Finnland:	Asianajaja/Advokat
— in Island:	Lögmaur
— in Liechtenstein:	Rechtsanwalt
— in Norwegen:	Advokat
— in Schweden:	Advokat
— in der Schweiz:	Avocat, Avvocato, Advokat, Rechtsanwalt, Anwalt, Fürsprecher, Fürsprech

## VORBLATT

### Problem:

Übernahme des gemeinsamen Rechtsbesitzstandes („acquis communautaire“) des Europäischen Wirtschaftsraums betreffend die Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit der Rechtsanwälte in die österreichische Rechtsordnung.

### Ziel:

Mit dem Gesetzentwurf sollen die für die Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit der Rechtsanwälte maßgeblichen, im Anhang VII des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum angeführten Richtlinien umgesetzt werden.

### Inhalt:

Unter Bedachtnahme auf diese Richtlinien wird einerseits geregelt, unter welchen Voraussetzungen Rechtsanwälte aus den EWR-Staaten berechtigt sind, vorübergehend grenzüberschreitende rechtsanwaltliche Tätigkeiten in Österreich zu erbringen (Dienstleistungsfreiheit). Andererseits regelt der Entwurf auch die Voraussetzungen, unter denen sich ein Staatsangehöriger eines EWR-Staates, der dort befähigt ist, Anwalt zu werden, in Österreich als Rechtsanwalt niederlassen darf (Niederlassungsfreiheit). In Übereinstimmung mit der sogenannten „Hochschuldiplom-Anerkennungsrichtlinie“ ist als Voraussetzung dafür vorgesehen, daß der ausländische Bewerber im Inland eine Eignungsprüfung ablegt.

### Alternativen:

Keine.

### Kosten:

Kosten in geringem Umfang werden durch die Abhaltung der Eignungsprüfungen bei den Rechtsanwaltsprüfungskommissionen entstehen, wobei jedoch diese Kosten durch die vom Prüfungswerber einzuhebenden Gebühren gedeckt werden.

### EG-Konformität:

Mit der Übernahme des Rechtsbesitzstandes des Europäischen Wirtschaftsraums wird gleichzeitig die EG-Konformität hergestellt.

## Erläuterungen

### A. Allgemeiner Teil

1. Das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen), das mit 1. Jänner 1993 in Kraft treten soll, verwirklicht in seinen Art. 30 bis 39 die Grundprinzipien der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit auch für die freien Berufe. Dies macht unter anderem auch eine Anpassung der inländischen berufsrechtlichen Vorschriften über die Ausübung der Rechtsanwaltschaft an die neue Rechtslage erforderlich. Die betreffenden Richtlinien sind im Anhang VII des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum angeführt. Es handelt sich dabei um die unter 389 L 0048 angeführte Richtlinie 89/48/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (Abl. Nr. L 19 vom 24. 1. 1989, S 16), sowie die unter 377 L 0249 angeführte Richtlinie 77/249/EWG des Rates vom 22. März 1977 zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte (Abl. Nr. L 78 vom 26. 3. 1977, S 17).

2. Die Dienstleistungsfreiheit erfährt ihre nähere Ausgestaltung durch die im Punkt 1 bereits erwähnte Richtlinie zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte. In Umsetzung dieser Richtlinie regelt der Entwurf die Bedingungen, unter denen Rechtsanwälte aus den EWR-Staaten berechtigt sind, vorübergehend grenzüberschreitende rechtsanwaltliche Tätigkeiten in Österreich zu erbringen. Dabei macht der Entwurf — in Übereinstimmung mit der Rechtslage in der BRD — vor allem von der im Art. 5 dieser Richtlinie vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch, vom ausländischen Rechtsanwalt bei Ausübung von Tätigkeiten, die mit der Vertretung oder der Verteidigung von Mandanten im Bereich der Rechtspflege verbunden sind, zu verlangen, daß er dabei nur im Einvernehmen mit einem österreichischen Rechtsanwalt vorgeht. Unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des EuGH wird dies allerdings auf Verfahren mit Anwaltszwang eingeschränkt.

3. Eine besondere Niederlassungsrichtlinie der EG für Rechtsanwälte gibt es bislang nicht. Für die Rechtsanwälte ist daher in diesem Bereich das

allgemeine System der Anerkennung ausländischer Diplome maßgeblich, das in der bereits im Punkt 1 erwähnten Richtlinie über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen, verwirklicht ist. Nach dieser Richtlinie werden die jeweiligen beruflichen Qualifikationen, die den Anforderungen im Herkunftsstaat entsprechen, grundsätzlich anerkannt. Vereinfacht gesagt bedeutet das, daß grundsätzlich jeder, der in einem EWR-Staat die Qualifikation für den Anwaltsberuf erworben hat, seinen Beruf unter den Voraussetzungen der Richtlinie auch in einem anderen EWR-Staat ausüben kann; und zwar nicht nur in vorübergehender, grenzüberschreitender Weise wie nach der oben behandelten „Rechtsanwalts-Dienstleistungsrichtlinie“, sondern in vollem Umfang wie ein österreichischer Rechtsanwalt mit Kanzleisitz im Inland. Nach Art. 4 der „Hochschuldiplom-Anerkennungsrichtlinie“ kann der Aufnahmestaat im Fall der rechtsberatenden Berufe dem ausländischen Bewerber entweder einen Anpassungslehrgang oder eine Eignungsprüfung vorschreiben. In Übereinstimmung mit dem Österreichischen Rechtsanwaltskammertag entscheidet sich der Entwurf für die Eignungsprüfung. Die Eignungsprüfung soll aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil bestehen und bei den Rechtsanwaltsprüfungskommissionen abgelegt werden, die derzeit schon bei den Oberlandesgerichten eingerichtet sind.

In welcher Art und Weise in der Folge die Niederlassung im jeweiligen EWR-Staat vor sich gehen soll, wird in der Richtlinie nicht geregelt. Der Entwurf entscheidet sich hier — ebenfalls in Übereinstimmung mit dem Österreichischen Rechtsanwaltskammertag — für die Vollintegration des ausländischen Rechtsanwalts. Hat also der ausländische Rechtsanwalt die Eignungsprüfung mit Erfolg abgelegt, so kann er einen Antrag auf Eintragung in die Liste einer österreichischen Rechtsanwaltskammer stellen und wird ab der Eintragung wie ein österreichischer Rechtsanwalt behandelt.

4. Systematisch erfolgt die Umsetzung der beiden Richtlinien durch ein eigenes Bundesgesetz über die Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs und die Niederlassung von Rechtsanwälten aus dem

Europäischen Wirtschaftsraum (Art. I des Entwurfs). Diese Vorgangsweise hat den Vorteil, daß weder die Rechtsanwaltsordnung noch das Disziplinarstatut 1990 umfassend umgestaltet werden müssen. Die im Art. II des Entwurfs enthaltenen Änderungen der Rechtsanwaltsordnung können sich daher auf Minimalanpassungen beschränken.

5. Bei der Erstellung des Entwurfs waren Vertreter des Österreichischen Rechtsanwaltskammertags eingebunden, wobei über alle wesentlichen Punkte Einigung erzielt werden konnte.

6. Kosten für den Bund werden in geringem Umfang durch die Abhaltung der Eignungsprüfungen bei den Rechtsanwaltsprüfungskommissionen der Oberlandesgerichte entstehen. Nach Art. I § 18 des Entwurfs sind jedoch auf die Eignungsprüfung die Bestimmungen des Rechtsanwaltsprüfungsgesetzes sinngemäß anzuwenden, also auch dessen § 28 Abs. 2 und 3 über die vom Prüfungswerber zu entrichtenden Prüfungsgebühren. Es ist daher davon auszugehen, daß die Mehrkosten durch die noch im Verordnungsweg festzulegenden Prüfungsgebühren gedeckt werden.

7. Die Zuständigkeit zur Erlassung dieses Bundesgesetzes richtet sich nach Art. 10 Abs. 1 Z 6 B-VG.

## B. Besonderer Teil

**Zum Artikel I (Bundesgesetz über die Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs und die Niederlassung von Rechtsanwälten aus dem Europäischen Wirtschaftsraum)**

### Zum 1. Abschnitt:

Im ersten Abschnitt werden die Regelungen über die Durchführung des freien Dienstleistungsverkehrs von Anwälten aus dem Europäischen Wirtschaftsraum in Österreich zusammengefaßt. Sie setzen für den Bereich der Rechtsanwälte Art. 36, 37 und 39 des EWR-Abkommens und die im Anhang VII dieses Abkommens angeführte, im Allgemeinen Teil näher bezeichnete „Rechtsanwalts-Dienstleistungsrichtlinie“ in die österreichische Rechtsordnung um.

### Zum § 1:

Diese Bestimmung definiert im Zusammenhalt mit der Anlage zu diesem Bundesgesetz den personellen Anwendungsbereich der Regelungen über den freien Dienstleistungsverkehr bei Rechtsanwälten. Die Anlage erfaßt den in Art. 1 Abs. 2 der Richtlinie aufgezählten Personenkreis, ergänzt durch die EG-Abkommen mit Griechenland,

Spanien und Portugal sowie Abschnitt VII B des EWR-Abkommens.

Dieser Personenkreis wird bei Einhaltung der Bestimmungen dieses Abschnittes für vorübergehende rechtsanwaltliche Tätigkeiten einem österreichischen Rechtsanwalt gleichgestellt. Die Einschränkung auf nur vorübergehende Tätigkeiten ergibt sich aus Art. 37 des EWR-Abkommens. Sie entspricht auch der Rechtslage in der BRD und ergibt sich auch systematisch aus der Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit. Allerdings könnten auch grenzüberschreitende Dienstleistungen ohne Niederlassung in Österreich eine Intensität erreichen, bei der man nicht mehr von einer vorübergehenden Tätigkeit sprechen kann. Auch derartige Dienstleistungen wären durch die Richtlinie nicht gedeckt.

### Zum § 2:

**Abs. 1** dieser Bestimmung übernimmt Art. 3 der Richtlinie in den österreichischen Rechtsbestand und ergänzt insoweit den geltenden § 8 Abs. 4 RAO.

Die Regelung des **Abs. 2** setzt Art. 7 Abs. 1 der Richtlinie um. Wird ein Verlangen im Sinn des § 2 Abs. 2 gestellt, so ist der ausländische Anwalt bis zum Erbringen des Nachweises seiner Berechtigung von den Gerichten und Behörden nicht als Rechtsanwalt einzustufen. Die damit verbundenen Folgen ergeben sich aus den jeweiligen Verfahrensgesetzen.

Im **Abs. 3** wird klargestellt, daß auch die zuständige Rechtsanwaltskammer im Rahmen ihrer Aufsichtspflicht nach § 6 Abs. 1 des Entwurfs vom ausländischen Rechtsanwalt den Nachweis seiner Berechtigung zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft im Herkunftsstaat verlangen kann. Kommt der ausländische Rechtsanwalt einem solchen Verlangen nicht nach, so hat das disziplinare Folgen.

### Zum § 3:

Diese Regelung entspricht im wesentlichen Art. 4 der Richtlinie.

Die im letzten Satz des **Abs. 1** festgelegte Verpflichtung, vor der erstmaligen Erbringung einer der hier geregelten Vertretungstätigkeiten in der Republik Österreich die zuständige Rechtsanwaltskammer schriftlich zu verständigen, soll der Rechtsanwaltskammer die Durchführung ihrer Aufsichtspflicht ermöglichen. Diese Verpflichtung soll aber nur beim ersten Auftreten in Österreich bestehen und nur die hier geregelten Vertretungstätigkeiten betreffen, um überflüssigen Aufwand zu vermeiden.

Als objektiv gerechtfertigte Regelungen im Sinn des **Abs. 2** dieser Bestimmung kommen insbesondere die Vorschriften über die Verschwiegenheits-

pflicht, das Verbot der Doppelvertretung und ähnliche Regelungen in Betracht.

Daß der ausländische Rechtsanwalt neben dem inländischen Berufsrecht selbstverständlich weiterhin auch an das im Herkunftsstaat geltende Ständerecht gebunden ist, ist in der Richtlinie klargestellt, kann aber nicht Gegenstand der inländischen Regelung sein.

#### Zum § 4:

Art. 5 der Richtlinie ermöglicht es, bei der Regelung des Dienstleistungsverkehrs für ausländische Rechtsanwälte im Bereich der Rechtspflege als Bedingung für die Ausübung ihrer Tätigkeit vorzusehen, daß sie im Einvernehmen mit einem Rechtsanwalt des Aufnahmestaates handeln müssen. Von dieser Möglichkeit hat auch die BRD Gebrauch gemacht. Die Judikatur des EuGH hat diese Möglichkeit — wie im Allgemeinen Teil der Erläuterungen bereits ausgeführt — jedoch auf jene Verfahren eingeschränkt, in denen Rechtsanwaltspflicht herrscht. Daher war auch hier die Verpflichtung zur Herstellung des Einvernehmens auf diese Verfahren einzuschränken, wobei die Formulierung nur die absolute Anwaltspflicht umfaßt.

Für den inländischen Rechtsanwalt stellt die Verpflichtung, beim ausländischen Anwalt darauf hinzuwirken, daß dieser die Erfordernisse einer geordneten Rechtspflege beachtet, zweifellos eine Berufspflicht dar. Dabei bedeutet die Herstellung des Einvernehmens nicht, daß der Einvernehmensrechtsanwalt alle einzelnen, subjektiven Parteiinteressen wahrzunehmen, sondern lediglich auf objektive Gesichtspunkte aus der Sicht der österreichischen Rechtsordnung Bedacht zu nehmen hat.

Zwischen dem inländischen Rechtsanwalt und dem Mandanten des ausländischen Anwaltes soll daher mangels besonderer Vereinbarung kein Vertragsverhältnis zustande kommen, was auch bei der Beurteilung haftungsrechtlicher Fragen zu beachten ist. Das Verbot der Doppelvertretung (§ 10 RAO) wird aber sinngemäß auch vom Einvernehmensrechtsanwalt zu beachten sein.

Die Einvernehmensherstellung bezieht sich selbstverständlich nur auf das jeweilige Verfahren und gilt dort so lange, bis ein allfälliger Widerruf erfolgt.

Die Herstellung und der Nachweis des Einvernehmens ist eine Bedingung dafür, daß die Verfahrenshandlungen des ausländischen Rechtsanwaltes als solche eines Rechtsanwaltes im Sinn der RAO und der Prozeßgesetze einzustufen sind. Erscheint daher beispielsweise für eine Partei bei einer Tagsatzung im Zivilprozeß, für die absolute Anwaltspflicht besteht, ein ausländischer Rechtsanwalt, ohne das Einvernehmen nachzuweisen bzw. nachgewiesen zu haben, so gilt diese Tagsatzung als

versäumt im Sinn des § 133 Abs. 3 ZPO. Bei Schriftsätzen wäre ein Verbesserungsverfahren durchzuführen.

Wird das Einvernehmen widerrufen, so gilt der ausländische Rechtsanwalt mit Einlangen des Widerrufs bei Gericht nicht mehr als Rechtsanwalt im Sinn der Verfahrensgesetze.

Dies bedeutet, daß im Bereich des Zivilverfahrens § 160 ZPO anzuwenden sein wird. Im Strafverfahren wird nötigenfalls ein Amtsverteidiger zu bestellen sein.

Die Verpflichtung zur Bekanntgabe des Widerrufs sowohl an die Rechtsanwaltskammer als auch an das Gericht trifft den Einvernehmensrechtsanwalt.

#### Zum § 5:

Diese Bestimmung geht davon aus, daß der ausländische Rechtsanwalt nicht berechtigt ist, einen inländischen Kanzleisitz zu begründen und daher keine inländische Abgabestelle im Sinn des § 4 ZustellG hat.

Er hat daher einen inländischen Zustellbevollmächtigten namhaft zu machen.

Da in den im § 4 Abs. 1 angeführten Verfahren ohnehin ein Einvernehmensrechtsanwalt namhaft zu machen ist, soll dieser subsidiär auch als Zustellungsbevollmächtigter gelten. In allen anderen Verfahren, aber auch in Verfahren nach § 4 Abs. 1, in denen keine aufrechte Bestellung eines Einvernehmensrechtsanwaltes nachgewiesen ist, ist zuerst der ausländische Rechtsanwalt aufzufordern, einen im Inland wohnhaften Zustellungsbevollmächtigten innerhalb einer gleichzeitig zu bestimmenden mindestens zweiwöchigen Frist namhaft zu machen. Dabei ist der ausländische Rechtsanwalt darauf hinzuweisen, daß danach die Zustellung ohne Zustellversuch durch Hinterlegung bei der Behörde vorgenommen wird, wenn er der Aufforderung nicht nachkommt (§ 10 ZustellG).

#### Zum § 6:

Durch den Abs. 1 dieser Bestimmung wird der ausländische Rechtsanwalt entsprechend Art. 7 Abs. 2 der Richtlinie der Aufsicht der Rechtsanwaltskammern und der Disziplinargewalt des Disziplinarrates und der Obersten Berufungs- und Disziplinarkommission unterstellt, soweit es sich um in den Anwendungsbereich dieses Bundesgesetzes fallende Disziplinarvergehen im Sinn des § 1 DSt 1990 und die diesbezügliche standesrechtliche Aufsicht handelt.

Die Zuständigkeit richtet sich in den Fällen des § 4 Abs. 1 nach dem bestellten Einvernehmensrechtsanwalt. Sonst ist hinsichtlich der Aufsicht der



Rechtsanwaltskammer auf den Ort der inländischen Dienstleistungserbringung und für die Zuständigkeit des Disziplinarrates auf den Ort der Begehung des Disziplinarvergehens abzustellen.

**Abs. 2** stellt klar, daß sowohl einstweilige Maßnahmen als auch Disziplinarstrafen, die die Berufsausübung des Rechtsanwalts beschränken, selbstverständlich nur für das Gebiet der Republik Österreich ausgesprochen werden dürfen. Dies bedeutet beispielsweise, daß die Disziplinarstrafe der Untersagung der Ausübung der Rechtsanwaltschaft nur eingeschränkt auf das österreichische Staatsgebiet ausgesprochen werden kann. Gleiches gilt auch für die einstweiligen Maßnahmen der Entziehung des Vertretungsrechtes vor bestimmten oder allen Gerichten oder Verwaltungsbehörden und der vorläufigen Untersagung der Ausübung der Rechtsanwaltschaft. Die einstweiligen Maßnahmen der Überwachung der Kanzleiführung durch den Ausschuß der Rechtsanwaltskammer und des vorläufigen Verbotes der Aufnahme von Rechtsanwaltsanwärtern zur praktischen Verwendung kommen mangels inländischen Kanzleisitzes (siehe § 7) nicht in Betracht. Unbeschränkt verhängt werden können die Disziplinarstrafen des Verweises und der Geldbuße, da diese die Berufsausübung nicht einschränken.

Die in **Abs. 3** vorgenommene Einschränkung des Anwendungsbereiches des § 45 DSt 1990 ist deshalb erforderlich, weil der in dieser Bestimmung geregelte Fall des nicht bloß vorübergehenden Aufenthalts im Ausland hier als Regelfall anzusehen ist.

**Abs. 4** gewährleistet eine umfassende Information der im Herkunftsstaat des Anwaltes zur Ausübung der Aufsicht und der Disziplinalgewalt zuständigen Stellen (siehe Art. 7 der Richtlinie). Im Gegenzug kann übrigens auf Grund dieser Richtlinie auch der inländische Untersuchungskommissär Auskünfte bei den ausländischen Stellen einholen.

#### Zum § 7:

Hier ist auf die Erläuterungen im Allgemeinen Teil und zum § 1 hinzuweisen. Das Recht der Niederlassung und der Eintragung in die Liste einer österreichischen Rechtsanwaltskammer ist im zweiten Abschnitt dieses Bundesgesetzes bei der Umsetzung der Niederlassungsfreiheit geregelt.

#### Zum 2. Abschnitt:

Dieser Abschnitt enthält die Bestimmungen über die Niederlassung von Rechtsanwälten aus dem Europäischen Wirtschaftsraum auf Grund einer Eignungsprüfung nach der „Hochschuldiplom-Anerkennungsrichtlinie“.

Art. 3 dieser Richtlinie verankert das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung der Diplome. Ein Aufnahmestaat, der den Zugang zu einem reglementierten Beruf vom Besitz eines Diploms abhängig macht, kann einem Angehörigen eines EWR-Staats den Zugang zu diesen Berufen nicht wegen mangelnder Qualifikation verweigern, wenn der Antragsteller das (qualifizierte) Diplom besitzt, das in einem anderen EWR-Staat erforderlich ist, um Zugang zu diesem Beruf in seinem Hoheitsgebiet zu erhalten, und wenn dieses Diplom in einem EWR-Staat erworben oder anerkannt wurde. „Reglementiert“ im Sinn des Art. 1 lit. c der Richtlinie ist zweifellos der Beruf des österreichischen Rechtsanwalts. Grundsätzlich wäre zwar auch der Notarberuf ein derartiger reglementierter Beruf. Die Tätigkeit des österreichischen Notars fällt aber wegen der Ausnahmebestimmung des Art. 32 des EWR-Abkommens generell nicht in den Anwendungsbereich des Abkommens, da sie jedenfalls zeitweise mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden ist. Sie wird daher auch von der „Hochschuldiplom-Anerkennungsrichtlinie“ nicht erfaßt.

#### Zum § 8:

Nach dem **Abs. 1** sind die nachfolgenden Bestimmungen dieses Abschnitts auf Staatsangehörige einer Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum anwendbar, die über ein „Diplom“ im Sinn der „Hochschuldiplom-Anerkennungsrichtlinie“ verfügen, das ihnen den unmittelbaren Zugang zur Ausübung eines Berufs ermöglicht, der in den EWR-Staaten dem österreichischen Rechtsanwaltsberuf entspricht. Diese Berufe sind in der Anlage zu diesem Bundesgesetz aufgelistet. Die Richtlinie enthält selbst keine Regelungen darüber, welche Berufe in den anderen Staaten dem Beruf des Rechtsanwalts entsprechen. Eine Auflistung dieser Berufe findet sich allerdings im Art. 1 Abs. 2 der oben erwähnten „Rechtsanwalts-Dienstleistungsrichtlinie“ (siehe dazu die Erläuterungen zum § 1).

Zum Begriff des „Diploms“ darf auf die Ausführungen zum Abs. 2 verwiesen werden.

Wie bereits im Allgemeinen Teil ausgeführt wurde, entscheidet sich der Entwurf für die im Art. 4 der „Hochschuldiplom-Anerkennungsrichtlinie“ vorgesehene Eignungsprüfung, da diese im höheren Maß als der in diesem Artikel ebenfalls zur Wahl gestellte Anpassungslehrgang gewährleistet, daß der die Niederlassung in Österreich anstrebende ausländische Rechtsanwalt die für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufs im Inland erforderlichen und von der rechtsuchenden Bevölkerung erwarteten Kenntnisse im österreichischen Recht erworben hat. Gerade der Rechtsanwaltsberuf erfordert eine genaue Kenntnis des innerstaatli-

chen Rechts. Derartige Kenntnisse können aber nur durch eine spezielle Prüfung überprüft werden, die bei einer Entscheidung für den Anpassungslehrgang nicht möglich wäre. Dies gilt umso mehr, weil ja der die Niederlassung in Österreich anstrebende ausländische Anwalt voll in die österreichische Rechtsanwaltschaft integriert werden soll.

Die erfolgreiche Ablegung der Eignungsprüfung gewährt für sich allein noch nicht das Niederlassungsrecht. Dem österreichischen Rechtssystem entsprechend, wird als zusätzliches Erfordernis die Eintragung in die Liste der Rechtsanwälte der für den Niederlassungsort zuständigen Rechtsanwaltskammer (§ 5 RAO) vorgesehen. Der ausländische Rechtsanwalt hat allerdings nach der erfolgreich abgelegten Eignungsprüfung den gleichen Rechtsanspruch auf Eintragung wie ein Österreicher, der den inländischen Ausbildungsweg absolviert hat.

**Abs. 2 erster Satz** verweist für den Begriff des „Diploms“ auf die Definition der Richtlinie. Ein derartiges „Diplom“ kann auch eine Mehrzahl von Befähigungsnachweisen umfassen. Im Regelfall wird für die Befähigung zur Ausübung der Anwaltschaft nicht nur ein Prüfungszeugnis über den Abschluß des Studiums, sondern auch der Nachweis über eine über das Studium hinaus erforderliche Berufsausbildung (Berufsprüfung, Praxiszeit) verlangt. Dieses „Diplom“ muß in einem Vertragsstaat von einer nach seinen Rechts- und Verwaltungsvorschriften bestimmten zuständigen Stelle ausgestellt werden. Neben Hochschulzeugnissen kommen daher insbesondere auch Zeugnisse von Einrichtungen der Anwaltschaft (Rechtsanwaltskammern) in Frage. Außerdem muß sich aus dem Diplom ergeben, daß der Inhaber ein mindestens dreijähriges Studium und gegebenenfalls die über das Studium hinaus erforderliche berufliche Ausbildung abgeschlossen hat. Weiters muß sich aus dem Diplom ergeben, daß der Inhaber über die beruflichen Voraussetzungen für den Zugang zum Beruf verfügt. Der Inhaber muß also zur Ausübung des Anwaltsberufs unmittelbar befugt sein. So würde beispielsweise eine Berechtigung, bei einem Anwalt unter dessen Aufsicht eine anwaltliche Tätigkeit während der Berufspraxis auszuüben, noch nicht genügen. Grundsätzlich muß die durch das Diplom bescheinigte Ausbildung überwiegend im Europäischen Wirtschaftsraum erworben worden sein (Art. 1 Unterabsatz 1 erster Satzteil der Richtlinie). Die im zweiten Satzteil des zuletzt erwähnten Unterabschnittes der Richtlinie getroffene Regelung über die Anerkennung einer Ausbildung in einem Drittland wird in Abs. 2 **zweiter Satz** des Entwurfs verdeutlicht.

#### Zum § 9:

Mit dieser Bestimmung wird der Zweck der Eignungsprüfung, wie er in der Richtlinie definiert

ist, festgelegt. Die Eignungsprüfung ist demnach eine ausschließlich die beruflichen Kenntnisse des Antragstellers betreffende, staatliche Prüfung, mit der die Fähigkeit des Prüfungswerbers, in Österreich den reglementierten Beruf des Rechtsanwalts auszuüben, beurteilt werden soll (Art. 1 lit. g Unterabsatz 1 der Richtlinie). Wesentlich ist, daß die Eignungsprüfung dem Umstand Rechnung tragen muß, daß der Antragsteller in einem EWR-Staat bereits über eine berufliche Qualifikation zur Ausübung des Anwaltsberufs verfügt (Art. 1 lit. g Unterabsatz 3 erster Satz der Richtlinie). Der Prüfungswerber darf daher mit der Eignungsprüfung nicht der gleichen Prüfung unterworfen werden, die für den Erwerb der Rechtsanwaltschaft auf Grund innerstaatlicher Ausbildung erforderlich ist. Auf diesen (eingeschränkten) Zweck der Eignungsprüfung muß auch bei Prüfung der in den §§ 15 und 16 geregelten Prüfungsgegenstände Bedacht genommen werden.

Von der Erstellung der in Art. 1 lit. g zweiter und dritter Unterabsatz der Richtlinie vorgesehenen „Abdeckungslisten“ wird im übrigen — so wie in der BRD — abgesehen, da derartige Abdeckungslisten einerseits auf Grund der Vielzahl und Verschiedenheit der Ausbildungssysteme aller EWR-Staaten praktisch kaum möglich sind und andererseits in den Erwägungsgründen der Richtlinie selbst davon ausgegangen wird, daß schon auf Grund der Unterschiede zwischen den Rechtssystemen der EG-Mitgliedstaaten die durch Diplome bescheinigte Ausbildung auf einem Rechtsgebiet des Herkunftslandes im allgemeinen nicht die juristischen Kenntnisse abdeckt, die im Aufnahmeland auf den entsprechenden Rechtsgebieten verlangt werden. Dies muß selbstverständlich im hohen Maß für den spezialisierten Beruf des Rechtsanwalts gelten, bei dessen Rechtsberatungs- und Vertretungstätigkeiten es ja besonders auf die genaue Kenntnis des jeweiligen inländischen Rechts ankommt.

#### Zum § 10:

Als zuständige Stelle des Aufnahmestaats für die Abhaltung der Eignungsprüfung im Sinn der Richtlinie kommen nach österreichischem Recht nur die bestehenden Rechtsanwaltsprüfungskommissionen bei den Oberlandesgerichten in Frage, die aus Richtern und Rechtsanwälten bestehen (**Abs. 1**).

Hinsichtlich der örtlichen Zuständigkeit wird in **Abs. 2** auf den jeweiligen Herkunftsstaat des Prüfungswerbers abgestellt, da dieser ja bei der Anmeldung und Ablegung der Prüfung noch nicht wissen muß, wo er sich in der Folge in Österreich tatsächlich niederlassen wird.

#### Zum § 11:

Die Regelung über die Zulassung zur Eignungsprüfung entspricht dem § 6 RAPG. Als zuständige

Rechtsanwaltskammer, mit der der Präses der Rechtsanwaltsprüfungskommission das Einvernehmen herzustellen hat, wird aus praktischen Erwägungen die Rechtsanwaltskammer am Sitz des Oberlandesgerichts vorgesehen.

#### Zum § 12:

Hier werden die Erfordernisse der Prüfungsanmeldung geregelt. Die im Abs. 1 Z 1 bis 3 geregelten Nachweise entsprechen den Erfordernissen des § 8. Nach der Z 4 sind gleichzeitig auch die vom Prüfungswerber ausgewählten Wahlfächer zu bestimmen (siehe § 15 Abs. 3 und § 16 Abs. 2 des Entwurfs). Aus § 18 des Entwurfs in Verbindung mit § 7 und § 28 Abs. 2 und 3 RAPG ergibt sich, daß der Prüfungswerber Prüfungsgebühren zu entrichten und deren Zahlung bei der Prüfungsanmeldung nachzuweisen hat (Z 5). Zur Z 6 wird auf die Ausführungen im § 13 des Entwurfs verwiesen.

Selbstverständlich ist die Eignungsprüfung in deutscher Sprache abzulegen (siehe § 14 des Entwurfs). Es sind daher auch die hier geregelten Nachweise in deutscher Sprache oder in beglaubigter Übersetzung vorzulegen (Abs. 2).

#### Zum § 13:

Diese Regelung berücksichtigt, daß ein Prüfungswerber im Lauf seines Studiums, seiner bisherigen Ausbildung oder seiner bisherigen Berufstätigkeit Kenntnisse des österreichischen Rechts in einem der in den §§ 15 und 16 geregelten Prüfungsfächer erworben haben kann. In diesem Fall sind dem Prüfungswerber im Zug der Zulassung zur Prüfung die jeweiligen Prüfungsfächer nachzulassen. Der Nachweis derartiger Kenntnisse wird vor allem durch geeignete Prüfungszeugnisse erbracht werden können.

In sinngemäßer Anwendung des § 8 RAPG (siehe § 18 des Entwurfs) steht dem Prüfungswerber sowohl gegen die Verweigerung der Zulassung zur Prüfung als auch gegen die Nichtanrechnung von Prüfungsfächern die Berufung an die Oberste Berufungs- und Disziplinarkommission zu.

#### Zum § 14:

Wie die Rechtsanwaltsprüfung nach dem RAPG ist die Eignungsprüfung sowohl mündlich als auch schriftlich abzulegen, allerdings nicht in Teilprüfungen, sondern in einer einzigen Prüfung. Daß die Eignungsprüfung in deutscher Sprache abzulegen ist, wurde bereits in den Erläuterungen zum § 12 ausgeführt.

#### Zum § 15:

Die Regelung der schriftlichen Prüfungsfächer entspricht inhaltlich dem § 13 RAPG, wobei jedoch

bei der Durchführung der Prüfung zu beachten ist, daß es sich hier nur um eine ergänzende Eignungsprüfung handeln darf (siehe dazu die Ausführungen in den Erläuterungen zum § 9). Anders als bei der Rechtsanwaltsprüfung soll der Prüfungswerber auch die Wahl zwischen einer schriftlichen Arbeit auf dem Gebiet des Strafrechts oder auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts haben, je nachdem, auf welche Schwerpunkte er seine berufliche Tätigkeit in Österreich legen will.

#### Zum § 16:

Hier werden die mündlichen Prüfungsfächer geregelt. In Anlehnung an § 20 RAPG werden jene Prüfungsfächer vorgeschrieben, die für die Ausübung der Rechtsanwaltschaft in Österreich unbedingt erforderlich sind, wobei allerdings auch hier eine Wahlmöglichkeit eingeräumt wird (Abs. 2). Da der in Österreich niedergelassene Rechtsanwalt im Rahmen der Verfahrenshilfe zwangsläufig zu Strafverteidigungen herangezogen werden kann, soll er jedoch dann, wenn er keine schriftliche Prüfung im Strafrecht abgelegt hat, zumindest eine mündliche Prüfung über dieses Fach ablegen (Abs. 3 letzter Satz). Im übrigen gilt auch hier das zu § 9 Gesagte. Unter Berücksichtigung des dort angesprochenen „Nichtabdeckungssystems“ werden das Internationale Privatrecht, das international weitgehend harmonisierte Wechsel- und Scheckrecht sowie das Prüfungsfach „Pflichten des Rechtsanwalts als Unternehmer“ von vornherein nicht als Prüfungsfächer vorgesehen.

#### Zum § 17:

So wie die zweite Teilprüfung der Rechtsanwaltsprüfung (siehe § 25 Abs. 2 RAPG) soll auch die Eignungsprüfung zweimal wiederholt werden können.

#### Zum § 18:

Soweit in den §§ 8 bis 17 keine Sonderregelungen getroffen wurden, soll das Rechtsanwaltsprüfungsgesetz sinngemäß anzuwenden sein, etwa hinsichtlich der Zusammensetzung der Prüfungssenate, der Leistungsbeurteilung, der Rechtsmittelbefugnis des Prüfungswerbers und der Vergütungen für die Prüfer sowie die von den Prüfungswerbern zu entrichtenden Prüfungsgebühren.

#### Zum § 19:

Die Abs. 1 und 2 regeln die Vorgangsweise nach erfolgreicher Ablegung der Eignungsprüfung. Wie bereits in den Erläuterungen zum § 8 ausgeführt wurde, soll die erfolgreiche Ablegung der Eignungsprüfung für sich allein noch nicht das Recht auf

Niederlassung zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft in der Republik Österreich einräumen. In gleicher Weise wie ein Österreicher, der den inländischen Ausbildungsweg absolviert hat und die Rechtsanwaltschaft erlangen will, muß auch der ausländische Bewerber vorher die Eintragung in die Liste der für den Niederlassungsort zuständigen Rechtsanwaltskammer erwirken. Die im Abs. 1 vorgesehene viermonatige Entscheidungsfrist entspricht Art. 8 Abs. 2 der Richtlinie. Im übrigen findet das gleiche Verfahren statt wie bei einem inländischen Bewerber, einschließlich der möglichen Berufung an die Oberste Berufungs- und Disziplinarkommission (§§ 5, 5 a RAO). Durch die Möglichkeit der Anrufung der Obersten Berufungs- und Disziplinarkommission wird dem im § 8 Abs. 2 der Richtlinie festgelegten Erfordernis eines „gerichtlichen Rechtsbehelfs nach innerstaatlichem Recht“ Rechnung getragen.

Neben dem von der Rechtsanwaltsprüfungskommission ausgestellten Zeugnis über die erfolgreiche Ablegung der Eignungsprüfung muß der Antragsteller zum Nachweis seiner Vertrauenswürdigkeit (§ 5 Abs. 2 RAO) Bescheinigungen im Sinn des Art. 6 der Richtlinie vorlegen.

Im Abs. 3 wird hinsichtlich des vor der Eintragung in die Liste abzulegenden Gelöbnisses (§ 7 RAO) berücksichtigt, daß es sich hier nicht um einen österreichischen Staatsbürger handelt.

Der Abs. 4 verwirklicht das bereits im Allgemeinen Teil der Erläuterungen angesprochene Prinzip der Vollintegration.

#### **Zum Art. II (Änderungen der Rechtsanwaltsordnung):**

##### **Zur Z 1 (§ 1 Abs. 3 RAO):**

§ 1 RAO regelt in seiner bisherigen, in den Abs. 1 und 2 unverändert bleibenden Fassung die Erfordernisse zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft in der Republik Österreich. Aus systematischen Gründen wäre dieser Bestimmung ein neuer Abs. 3 anzufügen,

der auf die für Staatsangehörige einer Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum geltenden Sonderregelungen (Art. I des Entwurfs) verweist.

##### **Zur Z 2 (§ 57 Abs. 1 RAO):**

§ 57 Abs. 1 RAO enthält in seinem derzeitigen Wortlaut eine Verwaltungsstrafbestimmung, die sich ausdrücklich auf den Schutz der Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“ beschränkt. Diese Regelung wäre daher der Vollständigkeit halber hinsichtlich der in der Anlage angeführten Berufsbezeichnungen der EWR-Staaten zu ergänzen.

Eine Änderung der Winkelschreiberei-Strafbestimmung des § 57 Abs. 2 RAO ist im übrigen entbehrlich. Befugt im Sinn des § 1 Abs. 3 RAO (neu) ist in Hinkunft auch die Ausübung der Rechtsanwaltschaft durch Staatsangehörige eines EWR-Staats, sofern sie in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Art. I des Entwurfs erfolgt. Ist dies nicht der Fall, so liegt eine unbefugte Vertretung vor.

##### **Zum Art. III (Inkrafttreten, Vollziehung):**

Hinsichtlich des Zeitpunkts des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes ist zwangsläufig auf das Inkrafttreten des EWR-Abkommens abzustellen (Abs. 1). Eine Ausnahme ist allerdings für Staatsangehörige der Schweiz hinsichtlich der Bestimmungen über die Niederlassung zu machen, da der Schweiz bei Umsetzung der „Hochschuldiplom-Anerkennungsrichtlinie“ im Anhang VII A des EWR-Abkommens eine Übergangsfrist bis 1. Jänner 1995 eingeräumt wurde (Abs. 2).

Die Vollziehungsklausel (Abs. 3) entspricht dem BundesministerienG 1973.

##### **Zur Anlage:**

Dazu darf auf die Ausführungen zu den §§ 1 und 8 des Art. I verwiesen werden.

**RICHTLINIE DES RATES****vom 22. März 1977****zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung  
des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechts-  
anwälte**

(77/249/EWG)

**DER RAT DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —**

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf die Artikel 57 und 66,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des europäischen Parlaments,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Nach dem Vertrag ist jegliche Beschränkung des freien Dienstleistungsverkehrs, die sich auf die Staatsangehörigkeit oder auf das Erfordernis eines Wohnsitzes gründet, seit Ablauf der Übergangszeit untersagt.

Diese Richtlinie betrifft nur die Maßnahmen zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung der Rechtsanwaltsstätigkeiten im freien Dienstleistungsverkehr. Eingehendere Maßnahmen werden erforderlich sein, um die tatsächliche Ausübung der Niederlassungsfreiheit zu erleichtern.

Die tatsächliche Ausübung der Rechtsanwaltsstätigkeiten im freien Dienstleistungsverkehr setzt voraus, daß der Aufnahmestaat die Personen, die diesen Beruf in den einzelnen Mitgliedstaaten ausüben, als Rechtsanwälte anerkennt.

Da die vorliegende Richtlinie nur den Dienstleistungsverkehr betrifft und Vorschriften über die gegenseitige Anerkennung der Diplome noch nicht erlassen worden sind, hat der von der Richtlinie Begünstigte die Berufsbezeichnung des Mitgliedstaats zu verwenden, in dem er niedergelassen ist und der im folgenden als „Herkunftsstaat“ bezeichnet wird —

**HAT FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:****Artikel 1**

(1) Diese Richtlinie gilt innerhalb der darin festgelegten Grenzen und unter den darin vorgesehenen Bedingungen für die in Form der Dienstleistung ausgeübten Tätigkeiten der Rechtsanwälte.

Unbeschadet der Bestimmungen dieser Richtlinie können die Mitgliedstaaten die Abfassung förmlicher Urkunden, mit denen das Recht auf Verwaltung des Vermögens verstorbener Personen verliehen oder mit denen ein Recht an Grundstücken geschaffen oder übertragen wird, bestimmten Gruppen von Rechtsanwälten vorbehalten.

(2) Unter „Rechtsanwalt“ ist jede Person zu verstehen, die ihre beruflichen Tätigkeiten unter einer der folgenden Bezeichnungen auszuüben berechtigt ist:

Belgien:	Avocat/Advocaat
Dänemark:	Advokat
Deutschland:	Rechtsanwalt
Frankreich:	Avocat
Irland:	Barrister Solicitor
Italien:	Avvocato
Luxemburg:	Avocat-Avoue
Niederlande:	Advocaat
Vereinigtes Königreich:	Advocate Barrister Solicitor

**Artikel 2**

Jeder Mitgliedstaat erkennt für die Ausübung der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Tätigkeiten alle unter Artikel 1 Absatz 2 fallenden Personen als Rechtsanwalt an.

**Artikel 3**

Jede unter Artikel 1 fallende Person verwendet die in der Sprache oder in einer der Sprachen des Herkunftsstaats gültige Berufsbezeichnung unter Angabe der Berufsorganisation, deren Zuständigkeit sie unterliegt, oder des Gerichtes, bei dem sie nach Vorschriften dieses Staates zugelassen ist.

**Artikel 4**

(1) Die mit der Vertretung oder der Verteidigung eines Mandanten im Bereich der Rechtspflege oder vor Behörden zusammenhängenden Tätigkeiten des Rechtsanwalts werden im jeweiligen Aufnahmestaat unter den für die in diesem Staat niedergelassenen Rechtsanwälte vorgesehenen Bedingungen ausgeübt, wobei jedoch das Erfordernis eines Wohnsitzes sowie das der Zugehörigkeit zu einer Berufsorganisation in diesem Staat ausgeschlossen sind.

(2) Bei der Ausübung dieser Tätigkeit hält der Rechtsanwalt die Standesregeln des Aufnahmestaats

neben den ihm im Herkunftsstaat obliegenden Verpflichtungen ein

(3) Bei der Ausübung dieser Tätigkeiten im Vereinigten Königreich sind unter den „Standesregeln“ des Aufnahmestaats „die Standesregeln der Solicitors“ zu verstehen, wenn die gesamten Tätigkeiten nicht den „Barristers“ oder den „Advocates“ vorbehalten sind. Andernfalls finden die Standesregeln der letztgenannten Berufsstände Anwendung. „Barristers“ aus Irland unterliegen jedoch immer den Standesregeln der „Barristers“ oder „Advocates“ im Vereinigten Königreich.

Bei der Ausübung dieser Tätigkeiten in Irland sind unter den „Standesregeln des Aufnahmestaats“, soweit sie die mündliche Vertretung eines Falles vor Gericht regeln, die Standesregeln der „Barristers“ zu verstehen. In allen andern Fällen finden die Standesregeln der „Solicitors“ Anwendung. „Barristers“ und „Advocates“ aus dem Vereinigten Königreich unterliegen jedoch immer den Standesregeln der „Barristers“ in Irland.

(4) Für die Ausübung anderer als der in Absatz 1 genannten Tätigkeiten bleibt der Rechtsanwalt den im Herkunftsstaat geltenden Bedingungen und Standesregeln unterworfen; daneben hält er die im Aufnahmestaat geltenden Regeln über die Ausübung des Berufes, gleich welchen Ursprungs, insbesondere in bezug auf die Unvereinbarkeit zwischen den Tätigkeiten des Rechtsanwalts und anderen Tätigkeiten in diesem Staat, das Berufsgeheimnis, die Beziehungen zu Kollegen, das Verbot des Beistandes für Parteien mit gegensätzlichen Interessen durch denselben Rechtsanwalt und die Werbung ein. Diese Regeln sind nur anwendbar, wenn sie von einem Rechtsanwalt beachtet werden können, der nicht in dem Aufnahmestaat niedergelassen ist, und nur insoweit, als ihre Einhaltung in diesem Staat objektiv gerechtfertigt ist, um eine ordnungsgemäße Ausübung der Tätigkeiten des Rechtsanwaltes sowie die Beachtung der Würde des Berufes und der Unvereinbarkeiten zu gewährleisten.

#### Artikel 5

Für die Ausübung der Tätigkeiten, die mit der Vertretung und der Verteidigung von Mandanten im Bereich der Rechtspflege verbunden sind, kann ein Mitgliedstaat den unter Artikel 1 fallenden Rechtsanwälten als Bedingung auferlegen,

- daß sie nach den örtlichen Regeln oder Gepflogenheiten beim Präsidenten des Gerichtes und gegebenenfalls beim zuständigen Vorsitzenden der Anwaltskammer der Aufnahmestaats eingeführt sind;
- daß sie im Einvernehmen entweder mit einem bei dem angerufenen Gericht zugelassenen Rechtsanwalt, der gegebenenfalls diesem Gericht gegenüber die Verantwortung trägt,

oder mit einem bei diesem Gericht tätigen „Avoue“ oder „Procuratore“ handeln.

#### Artikel 6

Jeder Mitgliedstaat kann die im Gehaltsverhältnis stehenden Rechtsanwälte, die durch einen Arbeitsvertrag an ein staatliches oder privates Unternehmen gebunden sind, von der Ausübung der Tätigkeiten der Vertretung und Verteidigung im Bereich der Rechtspflege für dieses Unternehmen insoweit ausschließen, als die in diesem Staat ansässigen Rechtsanwälte diese Tätigkeiten nicht ausüben dürfen.

#### Artikel 7

(1) Die zuständige Stelle des Aufnahmestaats kann von dem Dienstleistungserbringer verlangen, daß er seine Eigenschaft als Rechtsanwalt nachweist.

(2) Bei Verletzung der im Aufnahmestaat geltenden Verpflichtungen im Sinne des Artikels 4 entscheidet die zuständige Stelle des Aufnahmestaats nach den eigenen Rechts- und Verfahrensregeln über die rechtlichen Folgen dieses Verhaltens; sie kann zu diesem Zweck Auskünfte beruflicher Art über den Dienstleistungserbringer einholen. Sie unterrichtet die zuständige Stelle des Herkunftsstaats von jeder Entscheidung, die sie getroffen hat. Diese Unterrichtung berührt nicht die Pflicht zur Geheimhaltung der Auskünfte.

#### Artikel 8

(1) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um dieser Richtlinie binnen zwei Jahren nach ihrer Bekanntgabe nachzukommen, und setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der wichtigsten innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen.

#### Artikel 9

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am 22. März 1977.

Im Namen des Rates:

Der Präsident:  
**Judith Hart**

## RICHTLINIE DES RATES

vom 21. Dezember 1988

### über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen

(89/48/EWG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 49, Artikel 57 Absatz 1 und Artikel 66,

auf Vorschlag der Kommission,

in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Nach Artikel 3 lit. c des Vertrages stellt die Beseitigung der Hindernisse für den freien Personen- und Dienstleistungsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten eines der Ziele der Gemeinschaft dar. Dies bedeutet für die Angehörigen der Mitgliedstaaten insbesondere die Möglichkeit, als Selbständige oder abhängig Beschäftigte einen Beruf in einem anderen Mitgliedstaat als dem auszuüben, in dem sie ihre beruflichen Qualifikationen erworben haben.

Die bisher vom Rat erlassenen Vorschriften, nach denen die Mitgliedstaaten untereinander die in ihren Hoheitsgebieten ausgestellten Hochschuldiplome zu beruflichen Zwecken anerkennen, betreffen wenige Berufe. Niveau und Dauer der Ausbildung, die Voraussetzung für den Zugang zu diesen Berufen war, waren auf ähnliche Weise in allen Mitgliedstaaten reglementiert oder Gegenstand einer Mindestharmonisierung, die zur Einführung dieser sektoralen Regelungen der gegenseitigen Anerkennung der Diplome notwendig war.

Um rasch den Erwartungen derjenigen europäischen Bürger zu entsprechen, die Hochschuldiplome besitzen, welche eine Berufsausbildung abschließen und in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem sie ihren Beruf ausüben wollen, ausgestellt wurden, ist auch eine andere Methode zur Anerkennung dieser Diplome einzuführen, die den Bürgern die Ausübung aller beruflichen Tätigkeiten, die in einem Aufnahmestaat von einer weiterführenden Bildung im Anschluß an den Sekundarabschnitt abhängig sind, erleichtert, sofern sie solche Diplome besitzen, die sie auf diese Tätigkeiten vorbereiten, die einen wenigstens

dreijährigen Studiengang bescheinigen und die in einem anderen Mitgliedstaat ausgestellt wurden. Dieses Ergebnis kann durch die Einführung einer allgemeinen Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome erreicht werden, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen.

Bei denjenigen Berufen, für deren Ausübung die Gemeinschaft kein Mindestniveau der notwendigen Qualifikation festgelegt hat, behalten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, dieses Niveau mit dem Ziel zu bestimmen, die Qualität der in ihrem Hoheitsgebiet erbrachten Leistungen zu sichern. Sie können jedoch nicht, ohne sich über ihre Verpflichtungen nach Artikel 5 des Vertrages hinwegzusetzen, einem Angehörigen eines Mitgliedstaats vorschreiben, daß er Qualifikationen erwirbt, die sie in der Regel im Wege der schlichten Bezugnahme auf die im Rahmen ihres innerstaatlichen Bildungssystems ausgestellten Diplome bestimmen, wenn der Betreffende diese Qualifikationen bereits ganz oder teilweise in einem anderen Mitgliedstaat erworben hat. Deshalb hat jeder Aufnahmestaat, in dem ein Beruf reglementiert ist, die in einem anderen Mitgliedstaat erworbenen Qualifikationen zu berücksichtigen und zu beurteilen, ob sie den von ihm geforderten Qualifikationen entsprechen.

Eine Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten ist geeignet, ihnen die Einhaltung dieser Verpflichtungen zu erleichtern. Deshalb sind die Einzelheiten dieser Zusammenarbeit zu regeln.

Es ist angezeigt, insbesondere den Begriff „reglementierte berufliche Tätigkeit“ zu definieren, um unterschiedliche soziologische Verhältnisse in den einzelnen Mitgliedstaaten zu berücksichtigen. Als reglementierte berufliche Tätigkeit ist nicht nur eine berufliche Tätigkeit zu betrachten, deren Aufnahme in einem Mitgliedstaat an den Besitz eines Diploms gebunden ist, sondern auch eine berufliche Tätigkeit, deren Aufnahme frei ist, wenn sie in Verbindung mit der Führung eines Titels ausgeübt wird, der denjenigen vorbehalten ist, die bestimmte Qualifikationsvoraussetzungen erfüllen. Berufsverbände oder -organisationen, die ihren Mitgliedstaaten derartige Titel ausstellen und von den Behörden anerkannt werden, können sich nicht auf ihre private Natur berufen, um sich der Anwendung der mit dieser Richtlinie vorgesehenen Regelung zu entziehen.

Auch muß festgelegt werden, welche Merkmale für die Berufserfahrung oder den Anpassungslehrgang gelten sollen, die der Aufnahmestaat neben dem Hochschuldiplom von dem Betreffenden fordern kann, wenn dessen Qualifikationen nicht den von seinen innerstaatlichen Bestimmungen vorgeschriebenen entsprechen.

Anstelle eines Anpassungslehrgangs kann auch eine Eignungsprüfung vorgesehen werden. Beide

bewirken, daß die derzeitige Lage bei der gegenseitigen Anerkennung der Diplome durch die Mitgliedstaaten verbessert und somit der freie Personenverkehr innerhalb der Gemeinschaft erleichtert wird. Mit ihnen soll festgestellt werden, ob der Zuwanderer, der bereits in einem anderen Mitgliedstaat eine Berufsausbildung erhalten hat, fähig ist, sich seinem neuen beruflichen Umfeld anzupassen. Eine Eignungsprüfung hat aus der Sicht des Zuwanderers den Vorteil, daß sie die Dauer der Anpassungszeit verkürzt. Die Wahl zwischen Anpassungslehrgang und Eignungsprüfung muß grundsätzlich dem Zuwanderer überlassen bleiben. Einige Berufe sind jedoch so beschaffen, daß den Mitgliedstaaten gestattet werden muß, unter bestimmten Bedingungen entweder den Lehrgang oder die Prüfung vorzuschreiben. Vor allem die Unterschiede zwischen den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten, selbst wenn sie von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat von unterschiedlicher Bedeutung sind, rechtfertigen Sonderregelungen, weil die durch Diplom, Prüfungszeugnisse oder sonstige Befähigungsnachweise bescheinigte Ausbildung auf einem Rechtsgebiet des Herkunftslandes im allgemeinen nicht die juristischen Kenntnisse abdeckt, die im Aufnahmeland auf dem entsprechenden Rechtsgebiet verlangt werden.

Die allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome zielt weder auf eine Änderung der die Berufsausübung einschließlich der Berufsethik betreffenden Bestimmungen ab, die für alle Personen gelten, die einen Beruf im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats ausüben, noch auf einen Ausschluß der Zuwanderer von der Anwendung dieser Bestimmungen. Die Regelung sieht lediglich geeignete Maßnahmen vor, mit denen sichergestellt werden kann, daß der Zuwanderer den die Berufsausübung betreffenden Bestimmungen des Aufnahmestaates nachkommt.

Nach Artikel 49, Artikel 57 Absatz 1 und Artikel 66 des Vertrages ist die Gemeinschaft für den Erlass der Rechtsvorschriften zuständig, die für die Einführung und das Funktionieren einer solchen Regelung notwendig sind.

Die allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome präjudiziert in keiner Weise die Anwendung von Artikel 48 Absatz 4 und Artikel 55 des Vertrages.

Eine derartige Regelung stärkt das Recht des europäischen Bürgers, seine beruflichen Kenntnisse in jedem Mitgliedstaat zu nutzen, und sie vervollständigt und stärkt gleichzeitig seinen Anspruch darauf, diese Kenntnisse zu erwerben, wo immer er es wünscht.

Diese Regelung muß nach einer gewissen Zeit der Anwendung auf ihre Effizienz hin bewertet werden, um insbesondere festzustellen, inwieweit sie verbessert oder ihr Anwendungsbereich erweitert werden kann —

HAT FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

### Artikel 1

Im Sinne dieser Richtlinie gelten

- a) als Diplome alle Diplome, Prüfungszeugnisse oder sonstige Befähigungsnachweise bzw. diese Diplome, Prüfungszeugnisse oder sonstigen Befähigungsnachweise insgesamt,
  - die in einem Mitgliedstaat von einer nach seinen Rechts- und Verwaltungsvorschriften bestimmten zuständigen Stelle ausgestellt werden,
  - aus denen hervorgeht, daß der Diplomhaber ein mindestens dreijähriges Studium oder ein dieser Dauer entsprechendes Teilzeitstudium an einer Universität oder einer Hochschule oder einer anderen Ausbildungseinrichtung mit gleichwertigem Niveau absolviert und gegebenenfalls die über das Studium hinaus erforderliche berufliche Ausbildung abgeschlossen hat, und
  - aus denen hervorgeht, daß der Zeugnisinhaber über die beruflichen Voraussetzungen verfügt, die für den Zugang, zu einem reglementierten Beruf oder dessen Ausübung in diesem Mitgliedstaat erforderlich sind, wenn die durch das Diplom, das Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis bescheinigte Ausbildung überwiegend in der Gemeinschaft erworben wurde oder wenn dessen Inhaber eine dreijährige Berufserfahrung hat, die von dem Mitgliedstaat bescheinigt wird, der ein Diplom, ein Prüfungserzeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis eines Drittlands anerkannt hat.

Einem Diplom im Sinne von Unterabsatz 1 sind alle Diplome, Prüfungszeugnisse oder sonstigen Befähigungsnachweise bzw. diese Diplome, Prüfungszeugnisse oder sonstigen Befähigungsnachweise insgesamt gleichgestellt, die von einer zuständigen Stelle in einem Mitgliedstaat ausgestellt wurden, wenn sie eine in der Gemeinschaft erworbene und von einer zuständigen Stelle in diesem Mitgliedstaat als gleichwertig anerkannte Ausbildung abschließen und in diesem Mitgliedstaat in bezug auf den Zugang zu einem reglementierten Beruf oder dessen Ausübung dieselben Rechte verleihen;

- b) als Aufnahmestaats der Mitgliedstaat, in dem ein Angehöriger eines Mitgliedstaats die Ausübung eines Berufes beantragt, der dort reglementiert ist, in dem er jedoch nicht das Diplom, auf das er sich beruft, erworben oder erstmals den betreffenden Beruf ausgeübt hat;
- c) als reglementierter Beruf die reglementierte berufliche Tätigkeit oder die reglementierten



## 777 der Beilagen

17

- beruflichen Tätigkeiten insgesamt, die in einem Mitgliedstaat den betreffenden Beruf ausmachen;
- d) als reglementierte berufliche Tätigkeit eine berufliche Tätigkeit, deren Aufnahme oder Ausübung oder eine ihrer Arten der Ausübung in einem Mitgliedstaat direkt oder indirekt durch Rechts- oder Verwaltungsvorschriften an den Besitz eines Diploms gebunden ist. Als Art der Ausübung einer reglementierten beruflichen Tätigkeit gilt insbesondere
- die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit in Verbindung mit der Führung eines Titels, der nur von Personen geführt werden darf, die ein Diplom besitzen, das in einschlägigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften festgelegt ist;
  - die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit im Gesundheitswesen, wenn die Vergütung dieser Tätigkeit und/oder eine diesbezügliche Erstattung durch das einzelstaatliche System der sozialen Sicherheit an den Besitz eines Diploms gebunden ist.

Eine berufliche Tätigkeit, auf die Unterabsatz 1 nicht zutrifft, wird einer reglementierten beruflichen Tätigkeit gleichgestellt, wenn sie von Mitgliedern eines Verbandes oder einer Organisation ausgeübt wird, dessen bzw. deren Ziel insbesondere die Förderung und Wahrung eines hohen Niveaus in dem betreffenden Beruf ist und der bzw. die zur Verwirklichung dieses Ziels von einem Mitgliedstaat in besonderer Form anerkannt wird und

- seinen bzw. ihren Mitgliedern ein Diplom ausstellt,
- sicherstellt, daß seine bzw. ihre Mitglieder die von ihm bzw. ihr festgelegten Regeln für das berufliche Verhalten beachten und
- ihnen das Recht verleiht, einen Titel zu führen bzw. bestimmte Kennbuchstaben zu verwenden oder einen diesem Diplom entsprechenden Status in Anspruch zu nehmen.

Ein nicht erschöpfendes Verzeichnis von Verbänden oder Organisationen, die zum Zeitpunkt der Genehmigung dieser Richtlinie die Bindungen des Unterabsatzes 2 erfüllen, ist im Anhang enthalten. Wenn ein Mitgliedstaat einen Verband oder eine Organisation nach den Bestimmungen des Untersatzes 2 anerkennt, setzt er die Kommission davon in Kenntnis. Die Kommission veröffentlicht diese Information im Amtsblatt der europäischen Gemeinschaften;

- e) als Berufserfahrung die tatsächliche und rechtmäßige Ausübung des betreffenden Berufs in einem Mitgliedstaat;

- f) als Anpassungslehrgang die Ausübung eines reglementierten Berufs, die in dem Aufnahmestaat unter der Verantwortung eines qualifizierten Berufsangehörigen erfolgt und gegebenenfalls mit einer Zusatzausbildung einhergeht. Der Lehrgang ist Gegenstand einer Bewertung. Die Einzelheiten des Anpassungslehrgangs und seiner Bewertung sowie die Rechtslage des zugewanderten Lehrgangsteilnehmers werden von der zuständigen Stelle des Aufnahmestaates festgelegt;
- g) als Eignungsprüfung eine ausschließlich die beruflichen Kenntnisse des Antragstellers betreffende und von den zuständigen Stellen des Aufnahmestaates durchgeführte Prüfung, mit der die Fähigkeit des Antragstellers, in diesem Mitgliedstaat einen reglementierten Beruf auszuüben, beurteilt werden soll.

Für die Zwecke dieser Prüfung erstellen die zuständigen Stellen ein Verzeichnis der Sachgebiete, die auf Grund eines Vergleichs zwischen der in ihrem Staat verlangten Ausbildung und der bisherigen Ausbildung des Antragstellers von dem Diplom oder dem bzw. den Prüfungszeugnissen, die der Antragsteller vorlegt, nicht abgedeckt werden.

Die Eignungsprüfung muß dem Umstand Rechnung tragen, daß der Antragsteller in seinem Heimat- oder Herkunftsmitgliedstaat über eine berufliche Qualifikation verfügt. Sie erstreckt sich auf Sachgebiete, die aus den in dem Verzeichnis enthaltenen Sachgebieten auszuwählen sind und deren Kenntnis eine wesentliche Voraussetzung für eine Ausübung des Berufs im Aufnahmestaat ist. Diese Prüfung kann sich auch auf die Kenntnis der sich auf die betreffenden Tätigkeiten im Aufnahmestaat beziehenden berufsständischen Regeln erstrecken. Die Modalitäten der Eignungsprüfung werden von den zuständigen Stellen des Aufnahmestaats unter Wahrung der Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts festgelegt.

Im Aufnahmestaat wird die Rechtslage des Antragstellers, der sich dort auf die Eignungsprüfung vorbereiten will, von den zuständigen Stellen dieses Staats festgelegt.

## Artikel 2

Diese Richtlinie gilt für alle Angehörigen eines Mitgliedstaats, die als Selbständige oder abhängig Beschäftigte einen reglementierten Beruf in einem anderen Mitgliedstaat ausüben wollen.

Diese Richtlinie gilt nicht für die Berufe, die Gegenstand einer Einzelrichtlinie sind, mit der in den Mitgliedstaaten eine gegenseitige Anerkennung der Diplome eingeführt wird.

(1) ABl. Nr. 0 38 vom 19. Februar 1976, S. 1.

(2) Diese Richtlinie wurde den Mitgliedstaaten am 4. Jänner 1989 bekanntgegeben.

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften  
Nr. L 19/24. Jänner 1989

### Artikel 3

Wenn der Zugang zu einem reglementierten Beruf oder dessen Ausübung im Aufnahmestaat von dem Besitz eines Diploms abhängig gemacht wird, kann die zuständige Stelle einem Angehörigen eines Mitgliedstaats den Zugang zu diesem Beruf oder dessen Ausübung unter denselben Voraussetzungen wie bei Inländern nicht wegen mangelnder Qualifikation verweigern,

- a) wenn der Antragsteller das Diplom besitzt, das in einem anderen Mitgliedstaat erforderlich ist, um Zugang zu diesem Beruf in seinem Hoheitsgebiet zu erhalten oder ihn dort auszuüben, und wenn dieses Diplom in einem Mitgliedstaat erworben wurde, oder
- b) wenn der Antragsteller diesen Beruf vollzeitlich zwei Jahre lang in den vorhergehenden zehn Jahren in einem anderen Mitgliedstaat ausgeübt hat, der diesen Beruf nicht gemäß Artikel 1 Buchstabe c) und Buchstabe d) Absatz 1 reglementiert, sofern der Betreffende dabei im Besitz von einem oder mehreren Ausbildungsnachweisen war,
  - die in einem Mitgliedstaat von einer nach dessen Rechts- und Verwaltungsvorschriften bestimmten zuständigen Stellen ausgestellt worden waren;
  - aus denen hervorgeht, daß der Inhaber ein mindestens dreijähriges Studium oder ein dieser Dauer entsprechendes Teilzeitstudium an einer Universität oder einer Hochschule oder einer anderen Ausbildungseinrichtung mit gleichwertigem Niveau in einem Mitgliedstaat absolviert und gegebenenfalls die über das Studium hinaus erforderliche berufliche Ausbildung abgeschlossen hatte und
  - die er zur Vorbereitung auf die Ausübung dieses Berufs erworben hatte.

Dem Ausbildungsnachweis nach Unterabsatz 1 sind ein jedes Prüfungszeugnis bzw. Prüfungszeugnisse insgesamt gleichgestellt, die von einer zuständigen Stelle in einem Mitgliedstaat ausgestellt werden, wenn sie eine in der Gemeinschaft erworbene Ausbildung bestätigen und von diesem Mitgliedstaat als gleichwertig anerkannt werden, sofern diese Anerkennung den übrigen Mitgliedstaaten und der Kommission mitgeteilt worden ist.

### Artikel 4

(1) Artikel 3 hindert den Aufnahmestaat nicht daran, vom Antragsteller ebenfalls zu verlangen,

- a) daß er Berufserfahrung nachweist, wenn die Ausbildungsdauer, die er gemäß Artikel 3

Buchstaben a und b nachweist, um mindestens ein Jahr unter der in dem Aufnahmestaat geforderten Ausbildungsdauer liegt. In diesem Fall darf die Dauer der verlangten Berufserfahrung

- das Doppelte der fehlenden Ausbildungszeit nicht überschreiten, wenn sich diese auf ein Studium und/oder auf ein unter der Aufsicht eines Ausbilders absolviertes und mit einer Prüfung abgeschlossenes Berufspraktikum bezieht;
- die fehlende Ausbildungszeit nicht überschreiten, wenn sich diese auf eine mit Unterstützung eines qualifizierten Berufsangehörigen erworbene Berufspraxis bezieht.

Bei Diplomen im Sinne von Artikel 1 Buchstabe a letzter Absatz bestimmt sich die Dauer der als gleichwertig anerkannten Ausbildung nach der in Artikel 1 Buchstabe a Unterabsatz 1 definierten Ausbildung.

Bei Anwendung des vorliegenden Buchstabens ist die Berufserfahrung gemäß Artikel 3 Buchstabe b) anzurechnen.

Die Dauer der verlangten Berufserfahrung darf auf keinen Fall vier Jahre überschreiten;

- b) daß er einen höchstens dreijährigen Anpassungslehrgang absolviert oder eine Eignungsprüfung ablegt,
  - wenn seine bisherige Ausbildung gemäß Artikel 3 Buchstaben a und b sich auf Fächer bezieht, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die von dem Diplom abgedeckt werden, das in dem Aufnahmestaat vorgeschrieben ist, oder
  - wenn in dem in Artikel 3 Buchstabe a vorgesehenen Fall der reglementierte Beruf in dem Aufnahmestaat eine oder mehrere reglementierte berufliche Tätigkeiten umfaßt, die in dem Heimat- oder Herkunftsmitgliedstaat des Antragstellers nicht Bestandteil des betreffenden reglementierten Berufs sind, und wenn dieser Unterschied in einer besonderen Ausbildung besteht, die in dem Aufnahmestaat gefordert wird und sich auf Fächer bezieht, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die von dem Diplom abgedeckt werden, das der Antragsteller vorweist, oder
  - wenn in dem in Artikel 3 Buchstabe b vorgesehenen Fall der reglementierte Beruf in dem Aufnahmestaat eine oder mehrere reglementierte berufliche Tätigkeiten umfaßt, die nicht Bestandteil des vom Antragsteller in seinem Heimat- oder Herkunftsmitgliedstaat ausgeübten Berufs sind, und wenn dieser Unterschied in einer besonderen Ausbildung besteht, die in dem Aufnahmestaat gefordert wird und

sich auf Fächer bezieht, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die von dem oder den Befähigungsnachweisen abgedeckt werden, die der Antragsteller vorweist. Wenn der Aufnahmestaat von dieser Möglichkeit Gebrauch macht, muß er dem Antragsteller die Wahl zwischen dem Anpassungslehrgang und der Eignungsprüfung lassen. Abweichend von diesem Grundsatz kann der Aufnahmestaat einen Anpassungslehrgang oder eine Eignungsprüfung vorschreiben, wenn es sich um Berufe handelt, deren Ausübung eine genaue Kenntnis des nationalen Rechts erfordert und bei denen die Beratung und/oder der Beistand in Fragen des innerstaatlichen Rechts ein wesentlicher und ständiger Bestandteil der beruflichen Tätigkeit ist. Wenn der Aufnahmestaat bei anderen Berufen von der Wahlmöglichkeit des Antragstellers abweichen möchte, ist das Verfahren des Artikels 10 anzuwenden.

(2) Jedoch kann der Aufnahmestaat von den Möglichkeiten im Sinne von Absatz 1 Buchstaben a und b nicht gleichzeitig Gebrauch machen.

#### Artikel 5

Unbeschadet der Artikel 3 und 4 kann jeder Aufnahmestaat dem Antragsteller zur Verbesserung seiner Anpassungsmöglichkeiten an das berufliche Umfeld in diesem Staat im Sinne der Gleichwertigkeit gestatten, dort mit Unterstützung eines qualifizierten Berufsangehörigen den aus einer Berufspraxis bestehenden Teil der Berufsausbildung abzuleisten, den er im Heimat- oder Herkunftsmitgliedstaat nicht abgeleistet hat.

#### Artikel 6

(1) Die zuständige Behörde eines Aufnahmestaats, die für den Zugang zu einem reglementierten Beruf einen Nachweis der Ehrenhaftigkeit, ein Führungszeugnis oder eine Bescheinigung darüber, daß der Betreffende nicht in Konkurs geraten ist, fordert oder die Ausübung dieses Berufs bei schwerwiegendem standeswidrigen Verhalten oder bei einer strafbaren Handlung untersagt, erkennt bei Angehörigen der anderen Mitgliedstaaten, die diesen Beruf im Hoheitsgebiet des Aufnahmestaates ausüben wollen, die von den zuständigen Behörden des Heimat- oder Herkunftsmitgliedstaats ausgestellten Bescheinigungen, aus denen hervorgeht, daß diesen Anforderungen Genüge geleistet wird, als ausreichenden Nachweis an. Werden von den zuständigen Stellen des Heimat- oder Herkunftsmitgliedstaats die in Unterabsatz 1 genannten Dokumente nicht ausgestellt, so werden sie durch

eine eidesstattliche Erklärung — oder in den Staaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt, durch eine feierliche Erklärung — ersetzt, die der Betreffende vor einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde oder gegebenenfalls vor einem Notar oder einer entsprechend bevollmächtigten Berufsorganisation des Heimat- oder Herkunftsmitgliedstaats abgegeben hat, die eine diese eidesstattliche oder feierliche Erklärung bestätigende Bescheinigung ausstellen.

(2) Fordert die zuständige Behörde des Aufnahmestaats von den Angehörigen ihres Staats für den Zugang zu einem reglementierten Beruf oder dessen Ausübung eine Bescheinigung über die körperliche oder geistige Gesundheit, so erkennt sie die Vorlage der Bescheinigung, die im Heimat- oder Herkunftsmitgliedstaat gefordert wird, hierfür als ausreichenden Nachweis an.

Wird im Heimat- oder Herkunftsmitgliedstaat für die Aufnahme oder die Ausübung des betreffenden Berufs ein derartiges Zeugnis nicht verlangt, so erkennt der Aufnahmestaat bei Staatsangehörigen des Heimat- oder Herkunftsmitgliedstaats eine von den zuständigen Behörden dieses Staats ausgestellte Bescheinigung an, die den Bescheinigungen des Aufnahmestaats entspricht.

(3) Die zuständige Behörde des Aufnahmestaats kann verlangen, daß die Nachweise und Bescheinigungen nach den Absätzen 1 und 2 bei ihrer Vorlage nicht älter als drei Monate sind.

(4) Fordert die zuständige Behörde des Aufnahmestaats von den Angehörigen ihres Staats für den Zugang zu einem reglementierten Beruf oder dessen Ausübung einen Eid oder eine feierliche Erklärung, so sorgt sie für den Fall, daß die Formel dieses Eides oder dieser Erklärung von den Angehörigen der anderen Mitgliedstaaten nicht verwendet werden kann, dafür, daß den Betreffenden eine geeignete und gleichwertige Formel zur Verfügung steht.

#### Artikel 7

(1) Die zuständige Behörde des Aufnahmestaats erkennt den Angehörigen der Mitgliedstaaten, die die Voraussetzungen für den Zugang zu einem reglementierten Beruf und dessen Ausübung im Hoheitsgebiet des Aufnahmestaats erfüllen, das Recht zu, die diesem Beruf entsprechende Berufsbezeichnung des Aufnahmestaats zu führen.

(2) Die zuständige Behörde des Aufnahmestaats erkennt den Angehörigen der Mitgliedstaaten, die die Voraussetzungen für den Zugang zu einem reglementierten Beruf und dessen Ausübung im Hoheitsgebiet des Aufnahmestaats erfüllen, das Recht zu, ihre im Heimat- oder Herkunftsmitgliedstaat bestehende rechtmäßige Ausbildungsbezeichnung und gegebenenfalls ihre Abkürzung in der Sprache dieses Staats zu führen. Der Aufnahmestaat

kann vorschreiben, daß neben dieser Bezeichnung Name und Ort der Lehranstalt oder des Prüfungsausschusses, die bzw. der diese Ausbildungsbezeichnung verliehen hat, aufgeführt werden.

(3) Wird ein Beruf in dem Aufnahmestaat durch einen Verband oder eine Organisation gemäß Artikel 1 Buchstabe d reglementiert, so sind Staatsangehörige der Mitgliedstaaten zur Führung der Berufsbezeichnung oder der Kennbuchstaben, die von dem betreffenden Verband oder der betreffenden Organisation verliehen werden, nur berechtigt, wenn sie ihre Mitgliedschaft bei diesem Verband oder dieser Organisation nachweisen können.

Sofern der Verband oder die Organisation die Aufnahme von Qualifikationsanforderungen abhängig macht, kann er bzw. sie dies gegenüber Angehörigen anderer Mitgliedstaaten, welche über ein Diplom im Sinne von Artikel 1 Buchstabe a oder eine Berufsbefähigung im Sinne von Artikel 3 Buchstabe b verfügen, nur unter den in dieser Richtlinie, insbesondere in den Artikeln 3 und 4, niedergelegten Bedingungen tun.

#### Artikel 8

(1) Der Aufnahmestaat erkennt als Nachweis dafür, daß die in den Artikeln 3 und 4 genannten Voraussetzungen erfüllt sind, die von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten ausgestellten Bescheinigungen an, die der Antragsteller mit seinem Antrag auf Ausübung des betreffenden Berufs vorzulegen hat.

(2) Das Verfahren zur Prüfung eines Antrags auf Ausübung eines reglementierten Berufs muß so rasch wie möglich durchgeführt und mit einer mit Gründen versehenen Entscheidung der zuständigen Behörde des Aufnahmestaats spätestens vier Monate nach Vorlage der vollständigen Unterlagen des Betreffenden abgeschlossen werden. Gegen diese Entscheidung oder gegen die Unterlassung einer Entscheidung kann ein gerichtlicher Rechtsbehelf nach innerstaatlichem Recht eingelegt werden.

#### Artikel 9

(1) Die Mitgliedstaaten bezeichnen innerhalb der in Artikel 12 vorgesehenen Frist die zuständigen Behörden, die ermächtigt sind, die Anträge entgegenzunehmen und die in dieser Richtlinie genannten Entscheidungen zu treffen.

Sie setzen die übrigen Mitgliedstaaten und die Kommission davon in Kenntnis.

(2) Jeder Mitgliedstaat benennt einen Koordinator für die Tätigkeiten der Behörden nach Absatz 1 und setzt die übrigen Mitgliedstaaten und die Kommission davon in Kenntnis. Seine Aufgabe besteht darin, die einheitliche Anwendung dieser

Richtlinie auf alle in Frage kommenden Berufe zu fördern. Bei der Kommission wird eine Koordinierungsgruppe eingerichtet, die aus den von den einzelnen Mitgliedstaaten benannten Koordinatoren oder deren Stellvertretern besteht und in der ein Vertreter der Kommission den Vorsitz führt.

Aufgabe dieser Gruppe ist es,

- die Durchführung dieser Richtlinie zu erleichtern;
- alle zweckdienlichen Informationen über ihre Anwendung in den Mitgliedstaaten zu sammeln.

Sie kann von der Kommission zu geplanten Änderungen der derzeitigen Regelung konsultiert werden.

(3) Die Mitgliedstaaten ergreifen Maßnahmen, um im Rahmen dieser Richtlinie die erforderlichen Auskünfte über die Anerkennung der Diplome zur Verfügung zu stellen. Sie können dabei von der Informationsstelle für die akademische Anerkennung der Diplome und Studienzeiten, die von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 9. Februar 1976 (1) errichtet wurde, oder in geeigneten Fällen von den betreffenden Berufsverbänden oder -organisationen unterstützt werden. Die Kommission ergreift die erforderlichen Initiativen, um zu gewährleisten, daß die Erteilung der erforderlichen Auskünfte ausgebaut und koordiniert wird.

#### Artikel 10

(1) Wenn ein Mitgliedstaat in Anwendung von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b Unterabsatz 2 Satz 3 dem Antragsteller für einen Beruf im Sinne dieser Richtlinie nicht die Wahl zwischen einem Anpassungslehrgang und einer Eignungsprüfung lassen möchte, übermittelt er der Kommission unverzüglich den Entwurf der betreffenden Vorschrift. Er teilt der Kommission gleichzeitig die Gründe mit, die eine solche Regelung erforderlich machen.

Die Kommission unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten unverzüglich von dem Entwurf; sie kann auch die Koordinierungsgruppe nach Artikel 9 Absatz 2 zu diesem Entwurf konsultieren.

(2) Unbeschadet der Tatsache, daß die Kommission und die übrigen Mitgliedstaaten Bemerkungen zu dem Entwurf vorbringen können, darf der Mitgliedstaat die Bestimmung nur erlassen, wenn die Kommission sich innerhalb einer Frist von drei Monaten nicht im Wege einer Entscheidung dagegen ausgesprochen hat.

(3) Die Mitgliedstaaten teilen einem Mitgliedstaat oder der Kommission auf Verlangen unverzüglich den endgültigen Wortlaut einer Bestimmung mit, die sich aus der Anwendung dieses Artikels ergibt.

## 777 der Beilagen

21

**Artikel 11**

Nach Ablauf der Frist nach Artikel 12 übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission alle zwei Jahre einen Bericht über die Anwendung der Regelung. Neben allgemeinen Bemerkungen enthält dieser Bericht eine statistische Aufstellung der getroffenen Entscheidungen sowie eine Beschreibung der Hauptprobleme, die sich aus der Anwendung dieser Richtlinie ergeben.

**Artikel 12**

Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um dieser Richtlinie binnen zwei Jahren nach ihrer Bekanntgabe nachzukommen. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.

Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der wichtigsten innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen.

**Artikel 13**

Spätestens fünf Jahre nach dem in Artikel 12 genannten Zeitpunkt berichtet die Kommission dem

Europäischen Parlament und dem Rat über den Stand der Anwendung der allgemeinen Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen.

Bei dieser Gelegenheit unterbreitet sie nach Vornahme aller notwendigen Anhörungen ihre Schlußfolgerungen hinsichtlich etwaiger Änderungen der bestehenden Regelung. Gegebenenfalls legt sie gleichzeitig Vorschläge zur Verbesserung der bestehenden Regelungen mit dem Ziel vor, die Freizügigkeit, das Niederlassungsrecht und den freien Dienstleistungsverkehr für die unter diese Richtlinie fallenden Personen zu erleichtern.

**Artikel 14**

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am 21. Dezember 1988.

Im Namen des Rates:

Der Präsident:

V. Papandreou